

Teilprojekt C1

Wohlfahrtsstaatstransformation in kleinen offenen Volkswirtschaften: Soziale Auswirkungen und politische Reaktionen

3.1 Allgemeine Angaben zu Teilprojekt C1

3.1.1 Titel

Wohlfahrtsstaatstransformation in kleinen offenen Volkswirtschaften. Soziale Auswirkungen und politische Reaktionen

3.1.2 Fachgebiet und Arbeitsrichtung

Politikwissenschaft

3.1.3 Leiter

Prof. Dr. Herbert Obinger
geb. 26.02.1970
Universität Bremen
Zentrum für Sozialpolitik
Parkallee 39
28209 Bremen
Tel.: 0421/218 4369
e-mail: hobinger@zes.uni-bremen.de

Prof. Dr. Stephan Leibfried
geb. 01.02.1944
Universität Bremen
Zentrum für Sozialpolitik
Parkallee 39
28209 Bremen
Tel.: 0421/218 4372
e-mail: stlf@zes.uni-bremen.de

Die Teilprojektleiter sind unbefristet eingestellt, Stephan Leibfried als Forschungsprofessor.

3.1.4 Erklärung

In dem Teilprojekt sind keine Untersuchungen am Menschen oder an menschlichem Material, keine klinischen Studien, keine Tierversuche, keine gentechnischen Untersuchungen und keine Untersuchungen an humanen embryonalen Stammzellen vorgesehen.

3.1.5 Bisherige und beantragte Förderung des Teilprojektes im Rahmen des Sonderforschungsbereichs (Ergänzungsausstattung)

Das Teilprojekt wird seit Januar 2003 im Sonderforschungsbereich gefördert.

	Haushaltsjahr	Personalmittel	Sachmittel	Investitionsmittel	Gesamt
Bisherige Förderung	2003	97,2	3,9		101,1
	2004	97,2	15,2		112,4
	2005	97,2	11,1		108,3
	2006	128,4	3,9		132,3
	2007	112,2	7,9		120,1
	2008	112,2	14,4		126,6
	2009	112,2	15,8		128,0
	2010	112,2	7,9		120,1
	Σ 2003-2010		868,8	80,1	

Haushaltsjahr		Personalmittel	Sachmittel	Investitionsmittel	Gesamt
Beantragte Förderung	2011	138,6			138,6
	2012	138,6	18,7		157,3
	2013	138,6			138,6
	2014	138,6			138,6
	Σ 2011-2014	554,4	18,7		573,1
(Beträge in 1000 €)					

3.2 Zusammenfassung

Kurzfassung

Dieses Teilprojekt untersucht in der dritten Phase die Auswirkungen der veränderten Sozialstaatskonstellation auf soziale Ungleichheit sowie die sich daraus ergebenden individuellen und kollektiven politischen Reaktionen. Die beiden Leitfragen lauten: Inwieweit haben die in den letzten beiden Jahrzehnten durchgeführten Reformen der sozialen Sicherungssysteme zu einer gesellschaftlichen Spaltung geführt? Wie stark, wenn überhaupt, strahlt die gewachsene soziale Ungleichheit auf politische Einstellungen, Partizipation und Konflikte aus?

Langfassung

In der dritten Phase untersuchen wir die Folgen der neuen Sozialstaatskonstellation und die politischen Reaktionen darauf. Es geht um zwei Fragenkomplexe: Hat, erstens, der Wandel zu angebotsorientierter Sozialpolitik als neue Konstellation von (Sozial-) Staatlichkeit zu höherer Einkommensungleichheit und sozialen Spaltungsprozessen beigetragen? Ein Beispiel dafür ist das in der jüngeren Sozialstaatsliteratur skizzierte Szenario einer Dualisierung zwischen sozialrechtlich gut abgesicherten Arbeitsmarktinsidern und marginalisierten Outsidern mit prekärem Sozialschutz. Wie haben, zweitens, die Bürger und kollektive Akteure (wie Parteien und Wirtschaftsverbände) auf den Anstieg sozialer Ungleichheit reagiert? Auf der individuellen Ebene interessieren uns die Einstellungen der Bürger zu Staat, Demokratie und Markt und wie sich Ungleichheit auf ihre politische Teilnahme auswirkt. Auf der kollektiven Ebene betrachten wir etablierte und neue (sozial-)politische Akteure und untersuchen, wie sie auf die neue sozialstaatliche Konstellation und ihre sozialen Folgen reagieren. Im Zentrum der Analyse stehen die sozialpolitischen Strategien der Akteure und die Veränderung der Interessenrepräsentation. Zur Beantwortung dieser Forschungsfragen werden unterschiedliche Methoden kombiniert: Panelregressionen, Mehrebenenanalysen und vergleichende Fallstudien.

Erste Phase (2003-2006)	Zweite Phase (2007-2010)	Dritte Phase (2011-2014)
Beschreibung sozialstaatlicher Reformpolitik in vier Politikbereichen (Alterssicherung, Arbeitsmarktpolitik, Familienpolitik und Gesundheit) in kleinen offenen Volkswirtschaften seit den frühen 1970er Jahren <i>Zentrale Publikationen:</i> Moser 2008 [10] ¹ ; Obinger & Tálos 2006; Starke 2008 [12]; Bogedan 2009 [25]	Erklärung der Sozialstaatstransformation in acht kleinen offenen Volkswirtschaften (Australien, Belgien, Dänemark, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen, Österreich und die Schweiz) <i>Zentrale Publikation:</i> Obinger u.a. 2010 [11]	Analyse der Folgen angebotsorientierter Sozialstaatstransformation auf Verteilungsergebnisse und deren Rückwirkung auf individuelle und kollektive politische Reaktionen. <i>Zentrales Abschlussvorhaben:</i> Projektmonographie

3.3 Bericht über die bisherige Entwicklung des Teilprojekts

3.3.1 Bericht

In den ersten beiden Projektphasen wurde am Beispiel von vier Politikbereichen (Alterssicherung, Arbeitsmarktpolitik, Familienpolitik und Gesundheit) Sozialstaatswandel in acht kleinen offenen Volkswirtschaften seit den frühen 1970er Jahren untersucht. Diese Länder repräsentierten am Ende des so genannten „Goldenen Zeitalters“ des (Sozial-)Staates unterschiedliche Wohlfahrtsstaatstypen und zeichneten sich durch maximale Varianz in ihren politisch-institutionellen Systemmerkmalen aus. Wegen ihrer hohen wirtschaftlichen Einbindung in den Weltmarkt und einer grundlegend veränderten internationalen politischen Ökonomie wurde argumentiert, dass gerade kleine, außenwirtschaftlich verwundbare Länder unter beträchtlichem Reformdruck zur Anpassung ihrer sozialen Sicherungssysteme stehen. Zusammen mit der hohen politischen Reaktionsfähigkeit kleiner Länder wurde erwartet, dass sich insbesondere in kleinen Ländern ein weit reichender Sozialstaatswandel beobachten lässt beziehungsweise dass diese Länder eine Art „Frühwarnsystem“ bilden. Die Arbeitshypothese lautete, dass sozioökonomische Veränderungsprozesse und wirtschaftliche Globalisierung Sozialstaatswandel zwar anstoßen, die nationalen sozialpolitischen Anpassungsreaktionen jedoch von den Besonderheiten der wohlfahrtsstaatlichen Strukturen und politischen Systeme bestimmt werden. Die Beschreibung und Erklärung dieser nationalen Reaktionsmuster war Gegenstand der ersten beiden Projektphasen (Moser **2008** [10]; Starke **2008** [12]; **2010**; Obinger & Tálos **2010** [18]; Bogedan **2009** [25], Starke u.a. **2008** [6]; Castles & Obinger **2008** [2]; Obinger **2009** [36]; Moser & Starke **2009** [34]; Obinger & Starke **2007** [17], **2009** [38]).

In den untersuchten Politikbereichen konnten länderübergreifend ähnliche Reformtrends im Sinne gleichgerichteter Reforminhalte und Reformstoßrichtungen festgestellt werden (Obinger u.a. **2010** [11]), wobei sich diese Konvergenz nur be-

¹ Zitierte Literatur mit **fett** gesetzter Jahreszahl findet sich nur unter 3.3.2 und nicht am Ende des Antrags im Literaturverzeichnis. Um das Auffinden zu vereinfachen, sind die Nummern aus 3.3.2 jeweils beim Zitat in [eckigen] Klammern angefügt.

grenzt auf der Aggregatdatenebene niederschlug (Starke u.a. **2008** [6]; Castles & Obinger **2008** [2]; Obinger & Starke **2009** [38]). Kontrolliert man jedoch statistisch für politisch-institutionelle Weichensteller, wird (konditionale) Konvergenz auch auf der Aggregatdatenebene deutlich sichtbar (Schmitt & Starke **2010** [41]). Der Hauptbefund ist eine *angebotsorientierte Sozialstaatstransformation*: Sozialreformen zielen nicht mehr vordringlich auf die Korrektur von Marktergebnissen – „politics against markets“ (Esping-Andersen 1985) –, sondern auf Marktcompatibilität und die Integration von Marktprinzipien in die sozialen Sicherungssysteme – also „politics with markets“. In allen vier untersuchten Sozialpolitikfeldern finden sich, wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß, dominante Trends, die diese These unterstützen: (1) Im Bereich der Alterssicherung lässt sich länderübergreifend die Einrichtung von Mehrsäulensystemen beobachten, wobei private Eigenvorsorge (zum Teil mit beträchtlicher finanzieller staatlicher Unterstützung beziehungsweise unter dem Dach staatlicher Regulierung) ein zunehmendes Gewicht erlangt. (2) In der Arbeitsmarktpolitik erfolgte insofern ein Strukturwandel, als in den nachfrageorientierten, „passiven“ Programmen der Nachkriegszeit zum Teil erhebliche Einschnitte vorgenommen wurden, während aktive und aktivierende Maßnahmen überall Einzug hielten. Damit ging eine Zielverschiebung sozialer Sicherung einher: Stärkung der individuellen Beschäftigungsfähigkeit und Arbeitsmarktintegration statt Dekommodifizierung durch Transfereinkommen und die unmittelbare Schaffung von Arbeitsplätzen durch den Staat. (3) In der Familienpolitik kann ein genereller Zuwachs an Staatsintervention beobachtet werden. Im Mittelpunkt standen nicht zuletzt aus wirtschaftspolitischen (angebotsorientierten) Motiven heraus Bemühungen, die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit zu verbessern. Zum einen wurde die Arbeitsmarktintegration von Frauen durch den Ausbau von Betreuungsangeboten in der Pflege und der Kindererziehung unterstützt, zum anderen wurden Geldleistungen geschaffen oder ausgeweitet, die – in der Regel für beide Geschlechter – den temporären Ausstieg aus dem Arbeitsmarkt ermöglichen. (4) Auch im Gesundheitsbereich haben Marktelemente Einzug gehalten, wobei sich aber gleichzeitig auch eine zunehmende Staatsintervention in die Regulierung und Finanzierung nachweisen lässt. In Übereinstimmung mit Ergebnissen des Teilprojekts C3 kann für unsere Untersuchungsländer ein Rückgriff auf (ursprünglich) „systemfremde“ Steuerungsinstrumente festgestellt werden (Cacace u.a. 2008).

Insgesamt deuten diese Entwicklungen zwar auf keinen generellen Rückzug des Staates aus der Wohlfahrtsproduktion hin, sie führen aber in ihrer Gesamtheit zu einer neuen sozialstaatlichen Konstellation mit veränderten sozialpolitischen Akzentsetzungen. Die Erklärung dieses Befunds deckt sich mit unserer Arbeitshypothese: Globalisierung und sozioökonomische Modernisierung haben ähnliche Reformen der sozialen Sicherungssysteme angestoßen, ihre konkrete Umsetzung variierte jedoch abhängig von den innenpolitischen Weichenstellern. Dies erklärt auch, dass sich in der Sozialpolitik weder ein ‚race to the bottom‘ noch ‚business as usu-

al' beobachten lässt. Die wesentlichen Merkmale der neuen Sozialstaatskonstellation sind vielmehr: ein Bedeutungszuwachs privater sozialer Sicherung, ein Ausbau marktförmiger und marktunterstützender Programmelemente sowie eine stärkere Orientierung staatlicher Sozialpolitik auf individuelle Verhaltenssteuerung. Ungeachtet dieser Konvergenz konnten erhebliche Unterschiede in der Reformatiefe in kleinen Ländern festgestellt werden; sie reichen von „radical retrenchment“ in Neuseeland (Starke **2008** [12]) bis hin zu pfadtreuen Anpassungsreaktionen wie in Österreich (Obinger & Tálos **2010** [18]). Im Übrigen lässt sich eine angebotsorientierte Sozialstaatstransformation nicht nur in kleinen Ländern nachweisen, sondern auch in großen OECD-Staaten (Palier 2010; Ellison 2006). Kleine Länder zeichneten sich jedoch durch eine höhere Problemlösungsfähigkeit aus und waren zudem wirtschaftlich erfolgreicher (Obinger u.a. **2010** [11]).

Für das Teilprojekt sind insgesamt folgende Publikationen hervorzuheben: Zentrale Arbeiten der Projektleiter sind das *Oxford Handbook of the Welfare State*, das auf ca. 850 Seiten den Forschungsstand wohlfahrtsstaatlicher Politik zusammenfasst (Castles et al. **2010** [7]), allgemeine Beiträge zu Fragen der Staatstransformation (Genschel & Leibfried **2008** [3]; Hurrelmann et al. **2008** [9]) sowie Arbeiten zu Österreich und der Schweiz (Obinger & Tálos **2010** [18]; Obinger **2009** [16]). Wichtige Publikationen der Mitarbeiter sind die Fallstudien über Neuseeland, Dänemark und die Schweiz (Moser **2008** [10]; Starke **2008** [12]; Bogedan **2009** [25]) sowie Analysen wohlfahrtsstaatlicher Konvergenz (Starke et al. **2008** [6]; Starke & Schmitt **2010** [41]). Die zentrale gemeinschaftliche Projektpublikation ist Obinger et al. **2010** [11].

Die sozialen Folgen dieser Transformation standen bislang nicht im Zentrum des Interesses. Im Untersuchungszeitraum ist in praktisch allen OECD-Ländern ein Anstieg der Einkommensungleichheit zu beobachten und wir vermuten, dass diese Entwicklung zumindest teilweise auf den Umbau der sozialen Sicherungssysteme zurückgeführt werden kann. Allerdings bestehen große Unterschiede im Ausmaß dieser Ungleichheit. Diese Varianz wollen wir in der dritten Phase nutzen, um die Vermutung eines reforminduzierten Anstiegs sozialer Ungleichheit empirisch zu testen. Der Anstieg der Einkommensungleichheit bildet indes nur eine Facette sozialer Ungleichheit. Ebenso ist eine Dualisierung zwischen arbeits- und sozialrechtlich gut abgesicherten Insidern und Outsidern (also der Arbeitslosen und atypisch Beschäftigten mit prekärem Sozialschutz) als Folge der neuen Sozialstaatskonstellation denkbar. Es ist weiterhin zu erwarten, dass die gestiegene soziale Ungleichheit vielfältige politische Reaktionen auf individueller und kollektiver Ebene hervorruft. Sowohl die direkten Folgewirkungen der neuen Sozialstaatskonstellation als auch die damit verbundenen politischen Reaktionen bilden den Mittelpunkt des Forschungsinteresses in der dritten Projektphase.

3.3.2 *Liste der aus dem Teilprojekt seit der letzten Antragstellung entstandenen Publikationen*

Verfasser in [eckigen Klammern] sind keine SFB-Mitarbeiter.

(I.) Begutachtete Beiträge für

(a.) wissenschaftliche Zeitschriften

1. [Castles, Francis G.] & Herbert Obinger (2007) Social Expenditure and the Politics of Redistribution, in: *Journal of European Social Policy* 17:3, 206–222
2. [Castles, Francis G.] & Herbert Obinger (2008) Worlds, Families, Regimes: Country Clusters in European and OECD Area Public Policy, in: *West European Politics* 31:1-2, 321–345
3. Genschel, Philipp & Stephan Leibfried (2008) Schupperts Staat. Wie beobachtet man den Wandel einer Formidee, in: *Der Staat* 47:3, 357–380
4. Martens, Kerstin & Peter Starke (2008) Small Country, Big Business? New Zealand as Education Exporter, in: *Comparative Education* 44:1, 3–19
5. Starke, Peter (2010) Why Institutions are not the only Thing that matters: 25 Years of Health Care Reforms in New Zealand, in: *Journal of Health Politics, Policy and Law* 35:4, 4-31
6. Starke, Peter, Herbert Obinger & [Francis G. Castles] (2008) Convergence Towards Where? In what Ways, if any, are Welfare States becoming more similar?, in: *Journal of European Public Policy* 15:7, 975–1000

(b.) monographische Reihen

7. [Castles, Francis G.], Stephan Leibfried, [Jane Lewis], Herbert Obinger & [Chris Pierson], Hg. (2010) *The Oxford Handbook of the Welfare State*, Oxford: Oxford University Press
8. Hurrelmann, Achim, Stephan Leibfried, Kerstin Martens & Peter Mayer, Hg. (2007) *Transforming the Golden-Age Nation State*, Houndmills, Basingstoke: Palgrave
9. Hurrelmann, Achim, Stephan Leibfried, Kerstin Martens & Peter Mayer (2008) *Zerfasert der Nationalstaat? Die Internationalisierung politischer Verantwortung*, Frankfurt a. M./New York: Campus
10. Moser, Julia (2008) *Der schweizerische Wohlfahrtsstaat. Zum Ausbau der sozialen Sicherungssysteme 1975-2005*, Frankfurt a.M./New York: Campus
11. Obinger, Herbert, Peter Starke, Julia Moser, Claudia Bogedan, Edith Gindulis & Stephan Leibfried (2010) *Transformations of the Welfare State: Small States, Big Lessons*, Oxford: Oxford University Press
12. Starke, Peter (2008) *Radical Welfare State Retrenchment: A Comparative Analysis*, Houndmills, Basingstoke: Palgrave

(c.) *Sammelbandbeiträge*

13. [Castles, Francis G.], Stephan Leibfried, [Jane Lewis], Herbert Obinger & [Chris Pierson] (2010) Introduction, in: ebd., Hg., *The Oxford Handbook of the Welfare State*, Oxford: Oxford University Press, 25–38
14. Hurrelmann, Achim, Stephan Leibfried, Kerstin Martens & Peter Mayer (2007a) The Golden-Age Nation State and its Transformation: A Framework for Analysis, in: Achim Hurrelmann, Stephan Leibfried, Kerstin Martens & Peter Mayer, Hg., *Transforming the Golden-Age Nation State*, Houndmills, Basingstoke: Palgrave, 1–23
15. Hurrelmann, Achim, Stephan Leibfried, Kerstin Martens & Peter Mayer (2007b) The Transformation of the Golden-Age Nation State: Findings and Perspectives, in: Achim Hurrelmann, Stephan Leibfried, Kerstin Martens & Peter Mayer, Hg., *Transforming the Golden-Age Nation State*, Houndmills, Basingstoke: Palgrave, 193–205
16. Obinger, Herbert (2009) Religion and the Consolidation of the Swiss Welfare State, 1848-1945, in: Kees van Kersbergen & Philip Manow, Hg., *Religion, Class Coalitions, and Welfare States*, Cambridge: Cambridge University Press, 176–209
17. Obinger, Herbert & Peter Starke (2007) Sozialpolitische Entwicklungstrends in OECD-Ländern 1980-2001: Konvergenz, Divergenz oder Persistenz?, in: Katharina Holzinger, Helge Jörgens & Christoph Knill, Hg., *Transfer, Diffusion und Konvergenz von Politiken (Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 38)*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 470–495
18. Obinger, Herbert & [Emmerich Tálos] (2010) Janus-faced Developments in a Prototypical Bismarckian Welfare State. Welfare Reforms in Austria since the 1970s, in: Bruno Palier, Hg., *A Long Good Bye to Bismarck. The Politics of Welfare Reforms in Continental Europe*, Amsterdam: Amsterdam University Press, 93-116
19. Obinger, Herbert & [Uwe Wagschal] (2010) Social Expenditure and Revenues, in: Francis G. Castles, Stephan Leibfried, Jane Lewis, Herbert Obinger & Chris Pierson, Hg., *The Oxford Handbook of the Welfare State*, Oxford: Oxford University Press, 353–374

(d.) *Arbeitspapiere*

20. [Köppe, Stephan], Peter Starke & Stephan Leibfried (2008) Sozialpolitik: Konzepte, Theorien und Wirkungen, ZeS Arbeitspapier Nr. 6/2008, Universität Bremen
21. Wendt, Claus, Irene Dingeldey, Kerstin Martens, Peter Starke & Jochen Zimmermann (2007) Der Wandel des Interventionsstaates, Bremen: Sfb 597 „Staatlichkeit im Wandel“, TranState Working Paper 50

(II.) *Nicht-referierte Beiträge für*

(a.) *wissenschaftliche Zeitschriften*

22. Genschel, Philipp, Stephan Leibfried & Bernhard Zangl (2008) Der zerfasernde Staat. Vom Wandel des Subjekts moderner Politik, in: *Vorgänge* 2/2008, 4–13
23. Leibfried, Stephan & Peter Starke (2008) Transforming the ‘Cordon Sanitaire’: The Liberalization of Public Services and the Restructuring of European Welfare States, in: *Socio-Economic Review* 6:1, 175–182

24. Obinger, Herbert (2008) Perspektiven für ein soziales Europa, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 12/2008, 34–37
- (b.) *monographische Reihen*
25. Bogedan, Claudia (2009) Zwischen Parlament und Interessenverbänden. Der dänische Wohlfahrtsstaat im Wandel 1973–2006, Dissertation, Universität Bremen
 26. Leibfried, Stephan & Steffen Mau (2008) *Welfare States: Construction, Deconstruction, Reconstruction* [An Elgar Reference Collection], Cheltenham: Edward Elgar, 3 Bände
 27. Obinger, Herbert & [Elmar Rieger], Hg. (2009) *Wohlfahrtsstaatlichkeit in entwickelten Demokratien. Herausforderungen, Reformen und Perspektiven*, Frankfurt a.M./New York: Campus
- (c.) *Sammelbandbeiträge*
28. [Deacon, Bob] & Alexandra Kaasch (2008) The OECD's Social and Health Policy: Neo-liberal Stalking Horse or Balancer of Social and Economic Objectives?, in: Rianne Mahon & Stephen McBride, Hg., *The OECD and Transnational Governance*, Vancouver: University of British Columbia Press, 226–241
 29. Hurrelmann, Achim, Stephan Leibfried, Kerstin Martens & Peter Mayer (2008a) Die Transformation des Nationalstaates: Ein analytischer Rahmen, in: Achim Hurrelmann, Stephan Leibfried, Kerstin Martens & Peter Mayer, Hg., *Zerfasert der Nationalstaat? Die Internationalisierung politischer Verantwortung*, Frankfurt a.M./New York: Campus, 21–54
 30. Hurrelmann, Achim, Stephan Leibfried, Kerstin Martens & Peter Mayer (2008b) Die Transformation des Nationalstaates: Ergebnisse und Perspektiven, in: Achim Hurrelmann, Stephan Leibfried, Kerstin Martens & Peter Mayer, Hg., *Zerfasert der Nationalstaat? Die Internationalisierung politischer Verantwortung*, Frankfurt a.M./New York: Campus, 303–324
 31. Kaasch, Alexandra, [Kazi M. Islam] & [Lars Kohlmorgen] (2008) Multi-Level Governance and Global Health, in: Achim Brunnengräber, Hans-Jürgen Burchardt & Christoph Görg, Hg., *Mit mehr Ebenen zu mehr Gestaltung? Multi-Level-Governance in der transnationalen Sozial- und Umweltpolitik*, Baden-Baden: Nomos, 141–161
 32. Leibfried, Stephan & Herbert Obinger (2008) Zukünfte eines sozialen Europa, in: Martin Höpner & Armin Schäfer, Hg., *Die Politische Ökonomie der Europäischen Integration*, Frankfurt a.M./New York: Campus, 335–365
 33. Moser, Julia & Herbert Obinger (2007) Schlaraffenland auf Erden? Auswirkungen von Volksentscheiden auf die Sozialpolitik, in: Markus Freitag & Uwe Wagschal, Hg., *Direkte Demokratie. Bestandsaufnahmen und Wirkungen im internationalen Vergleich*, Berlin: LIT, 331–361
 34. Moser, Julia & Peter Starke (2009) Nach der Reform ist vor der Reform: Langfristige Reformfähigkeit am Beispiel der Sozialpolitik in Neuseeland und der Schweiz, in: Herbert Obinger & Elmar Rieger, Hg., *Wohlfahrtsstaatlichkeit in entwickelten Demokratien*, Frankfurt a.M./New York: Campus, 430–459

35. Obinger, Herbert (2007) Soziale Sicherung jenseits des Staates – Reiche OECD-Demokratien im Vergleich, in: Manfred G. Schmidt, Tobias Ostheim, Nico A. Siegel & Reimut Zohlnhöfer, Hg., *Der Wohlfahrtsstaat. Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 277–290
36. Obinger, Herbert (2009) Sozialpolitische Bilanz der Großen Koalition in Österreich, in: Herbert Obinger & Elmar Rieger, Hg., *Wohlfahrtsstaatlichkeit in entwickelten Demokratien*, Frankfurt a.M./New York: Campus, 347–374
37. Obinger, Herbert, Edith Gindulis & Stephan Leibfried (2009) Sozialstandards in Deutschland und der EU: Der Einfluss von Europäisierung und Globalisierung, in: Noelle Niederst & Axel Schack, Hg., *Europäische Sozialpolitik – die richtige Antwort auf Globalisierung?*, Heidelberg: C. Haefner, 33–48
38. Obinger, Herbert & Peter Starke (2009) Are Welfare States Converging? Recent Social Policy Developments in Advanced OECD Countries, in: Irene Dingeldey, Heinz Rothgang, Hg., *Governance of Welfare State Reform. A Cross National and Cross Sectoral Comparison of Policy and Politics*, Cheltenham: Edward Elgar, 109–137
39. [Rieger, Elmar] & Herbert Obinger (2009) Wohlfahrtsstaaten in entwickelten Demokratien. Eine Einleitung, in: Herbert Obinger & Elmar Rieger, Hg., *Wohlfahrtsstaatlichkeit in entwickelten Demokratien*, Frankfurt a.M./New York: Campus, 11–22

(d.) *Arbeitspapiere*

(III.) *Vorliegende Manuskripte*

40. Kaasch, Alexandra (2010) A New Global Health Actor? The OECD's Careful Guidance of National Health Care Systems, in: Kerstin Martens & Anja Jakobi, *Mechanisms of OECD Governance – International Incentives for National Policy Making*, Oxford: Oxford University Press (Manuskript liegt vor)
41. Schmitt, Carina & Peter Starke (2010) Explaining Convergence of OECD Welfare States. A Conditional Approach, in: *Comparative Political Studies* (in Begutachtung)
42. Starke, Peter, Herbert Obinger Alexandra, Kaasch & Julia Moser (2010) Coping with Dualisation? Reforming Labour Markets in Small Open Economies Since 1990, in: Bruno Palier, Martin Seeleib-Kaiser & Patrick Emmenegger, Hg., *Dualisation of European Societies?* Oxford: Oxford University Press (Manuskript liegt vor)

3.4 Geplante Weiterführung des Teilprojekts (Ziele, Methoden, Arbeitsprogramm)

Tabelle 1: Überblick über die Forschungsziele des Teilprojekts

Zweite Phase (2007-2010)	Dritte Phase (2011-2014)
Erklärung des angebotsorientierten Sozialstaatswandels in kleinen offenen Volkswirtschaften und Konvergenzanalyse, Ausweitung des Ländersamples.	Folgenabschätzung der angebotsorientierten Sozialstaatstransformation auf Ungleichheit und Dualisierung, Analyse ihrer Inzidenz sowie Untersuchung der individuellen und kollektiven politischen Reaktionen auf diese Outcomes.

3.4.1 Forschungsziele

In der dritten Projektphase beschäftigen wir uns mit den zentralen *sozialen Outcomes* der neuen Sozialstaatskonstellation und den dadurch ausgelösten *politischen Reaktionen*. Die Bewertungsbasis für die Folgen des Wandels von Staatlichkeit ist das normative Gut Wohlfahrt. Der Begriff Wohlfahrt wird in der C-Säule des Sonderforschungsbereichs mit den Zielen der Garantie der Menschenwürde und der Erreichung gesellschaftlicher Gerechtigkeitsvorstellungen mittels eines angemessenen Lebensstandards für alle Gesellschaftsmitglieder gleichgesetzt. Uns interessieren die Verteilungswirkungen der in den ersten beiden Projektphasen untersuchten Sozialstaatstransformation und die dadurch ausgelösten politischen Reaktionsmuster. Jüngste international vergleichende Studien deuten auf einen erheblichen Anstieg der Einkommensungleichheit in fast allen OECD-Ländern hin (OECD 2008; ILO 2008; Alber 2002; s.a. Becker & Hauser 2003; Berger & Schmidt 2004; Lesse- nich & Nullmeier 2006; Kenworthy & Pontusson 2005; Wilkinson & Pickett 2009; Brady 2009). So ist seit den 1970er Jahren die Ungleichheit der *Markteinkommen* in der OECD-Welt deutlich gestiegen. Als ein wesentlicher Grund für den Anstieg wird vor allem der technologische Wandel angeführt, welcher die Nachfrage nach gering qualifizierten Arbeitskräften und damit deren Entlohnung verringert hat (Acemoglu 2002). Die zunehmende internationale Wirtschaftsverflechtung spielt dagegen eine deutlich geringere Rolle (Krugman & Lawrence 1993; Richardson 1995). Als weitere Erklärungsgründe wurden institutionelle Faktoren wie abneh- mende gewerkschaftliche Verhandlungsmacht, die zunehmende Dezentralisierung von Tarifverhandlungen und Markt deregulierung (Fortin & Lemieux 1997; Wall- erstein 1999), die Veränderung sozialer Normen und steigende Kapitaleinkommen ausgemacht (Atkinson 2000).

Wichtiger für unsere Fragestellung ist die Verteilung der *verfügbaren* Haus- haltseinkommen, also jener Einkommen, die sich nach Steuern und Abgaben sowie aus der Umverteilung des Sozialstaates ergeben. Im Unterschied zu den Marktein- kommen bestehen hier große zwischenstaatliche Unterschiede. So wiesen die USA

Mitte der 2000er Jahre einen Gini-Koeffizienten von 0,38 auf, während dieser in Schweden nur 0,23 betrug (OECD 2008: 51).

Ingesamt zeigt die Forschung, dass (i) der Sozialstaat in allen OECD-Ländern die Einkommensungleichheit deutlich verringert, (ii) nationale Unterschiede sich vor allem auf Unterschiede in der Ausgestaltung nationaler sozialstaatlicher Politik zurückführen lassen (Bradley u.a. 2003; Brady 2009; Beramendi & Cusack 2009) und (iii) die sozialen Sicherungssysteme die wachsende Markteinkommensungleichheit nicht vollständig ausgleichen konnten, sodass auch die *sekundäre* Einkommensverteilung seit den 1980er Jahren fast in allen OECD-Kernländern ungleicher geworden ist (OECD 2008).

Unklar bleibt im Licht der bisherigen empirischen Forschung jedoch, ob der in den letzten beiden Jahrzehnten durchgeführte Umbau der sozialen Sicherungssysteme für den Anstieg der Einkommensungleichheit ursächlich ist. Da die Transferleistungen des Wohlfahrtsstaates wesentlich zu einer Nivellierung der verfügbaren Einkommen beitragen (Brady 2009), sollte sich eine Kürzung von Sozialleistungen direkt auf die Einkommensungleichheit auswirken. Dass eine Reihe von Sozialleistungen zum Teil erheblich gekürzt wurde, ist mittlerweile unbestritten. Nachdem die angelsächsischen Länder bereits in den 1980er Jahren mit zum Teil radikalen Einschnitten in das soziale Netz vorgeprescht sind (Starke 2008 [12]) und auch die nordischen Länder in den 1990er Jahren Sozialleistungen kürzten (Korpi & Palme 2003; Bogedan 2009 [25]), erfolgten schließlich in den 2000er Jahren auch in den bislang für reformresistent gehaltenen kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten (Esping-Andersen 1996; Pierson 2001) einschneidende restriktive Reformen der sozialen Sicherungssysteme (Palier & Martin 2007; Palier 2010; Streeck 2009). Neben der Kürzung von öffentlichen Leistungen könnte auch der Ausbau marktförmiger Sicherungselemente, die Forcierung eines Niedriglohnssektors und die Akzentuierung versicherungsmathematischer Leistungsbemessung die Ungleichheit erhöht haben. So ist es plausibel, dass die Stärkung des Äquivalenzprinzips und der privaten Vorsorge in der Alterssicherung marktförmige Ungleichheiten in die sozialen Sicherungssysteme übersetzt. Die These, wonach der Umbau des Sozialstaats zu höherer Ungleichheit geführt hat, ist empirisch aber keineswegs abgesichert. Während eine umfangreiche Literatur den Einfluss von Ungleichheit auf die politische Nachfrage nach staatlicher Umverteilung analysiert (für einen Überblick siehe Borck 2007), gibt es kaum empirische Arbeiten, die die Auswirkungen von Sozialstaatsreformen auf die Verteilung der verfügbaren Einkommen und auf gesellschaftliche Segmentierungsprozesse beleuchten. Die ILO (2008) führt zwar den Anstieg der Ungleichheit unter anderem auf die jüngsten Reformen der sozialen Sicherungssysteme zurück, legt aber keine empirischen Belege für diese These vor. Kenworthy und Pontusson (2005) wiederum zeigen, dass der Rückbau des Sozialstaates in vielen Ländern nur deshalb das Volumen der Einkommensumverteilung

nicht verringert hat, weil gleichzeitig die Anzahl der Leistungsbezieher erheblich gestiegen ist.

Hauptfragen und Hypothesen

In der dritten Projektphase verfolgen wir zwei Ziele: Zum einen soll die These eines reforminduzierten Anstiegs von Ungleichheit untersucht werden, zum anderen analysieren wir die politischen Reaktionen auf zunehmende Ungleichheit und gesellschaftliche Spaltungsprozesse.

Im Rahmen des *ersten* Fragenkomplexes untersuchen wir, ob und inwieweit die angebotsorientierte Transformation des Sozialstaates im Zeitverlauf zu einer höheren Ungleichheit geführt hat. Unsere erste Hypothese (H1) lautet: In Ländern, in denen die angebotsorientierte Sozialstaatstransformation besonders weit reichend war, ist ein starker Anstieg der Einkommensungleichheit zu erwarten. Wir gehen davon aus, dass sozialstaatliche Leistungskürzungen, eine kommodifizierende Arbeitsmarktpolitik, die Stärkung des Äquivalenzprinzips und die Ausweitung marktformiger sozialer Sicherung ursächlich zum Auseinanderdriften der verfügbaren Einkommen beigetragen haben.

Zudem interessieren uns soziale Spaltungsprozesse über die Einkommensdimension hinaus. Jüngste Studien zur Reformpolitik in Bismarckschen Wohlfahrtsstaaten (Palier 2010) prognostizieren eine Dualisierung zwischen vollzeitbeschäftigten und damit arbeits- und sozialrechtlich gut abgesicherten Insidern und Outsidern, wobei unter Outsidern Arbeitslose und atypisch Beschäftigte zu verstehen sind (Rueda 2007; Davidsson & Naczyk 2009). Vor dem Hintergrund des länderübergreifend beobachtbaren Anstiegs atypischer Beschäftigungsverhältnisse (Tálos 1999) vermuten wir zweitens (H2), dass mit der angebotsorientierten Sozialstaats- transformation auch eine stärkere Dualisierung einhergeht. Lassen sich beide Hypothesen empirisch erhärten, würde dies auf eine verminderte Problemlösungsfähigkeit des sozialen Interventionsstaates hindeuten, die wiederum vielfältige politische Reaktionen anstoßen sollte.

Diese Reaktionsmuster sind Gegenstand des *zweiten* Fragenkomplexes, in dessen Zentrum die politischen Konsequenzen sozialstaatlicher Transformationsprozesse stehen. Es geht hier um die politische Integrationskraft des Sozialstaates. Wir gehen der These „policies produce politics“ (Pierson 1993: 595) nach: Politik wird nicht nur durch Bürger geformt, sondern Policy-Outcomes beeinflussen wiederum das Verhalten, die Einstellungen und das Selbstverständnis der Bürger (Campbell 2003).

Dieser Fragenkomplex ist in die aktuelle Debatte über Postdemokratie eingebettet (Crouch 2008; Schäfer 2009). Verkürzt dargestellt wird behauptet, dass der Rückzug des Interventionsstaates und die Erosion des keynesianischen Nachkriegskonsenses in der OECD-Welt von einem Niedergang der Demokratie begleitet werden. Im Sinne der Postdemokratie-These bleibt die Demokratie zwar formal intakt,

sinkt jedoch insofern auf das Niveau einer ‚Elitenveranstaltung‘ herab, als die Reformverlierer mit politischer Apathie reagieren. Kurzum: Der Rückbau des Wohlfahrtsstaates verringert auch seine politischen Integrationsleistungen. Der Preis des neuen, neoliberal inspirierten schlanken Staates ist, so gesehen, ein Legitimationsproblem der Demokratie.

Diese Thesen stehen allerdings teilweise im Widerspruch zu einem *konflikttheoretischen Ansatz*, der im Fall steigender wirtschaftlicher Ungleichheit insofern einen Anstieg politischer Aktivität der Bürger erwartet, als das Interesse an Umverteilung zwischen den Einkommensschichten nun stärker divergiert und der Verteilungskonflikt politisiert wird (Solt 2008). Dabei kann sich dieser Ansatz auf das politökonomische Standardmodell von Meltzer und Richard (1981) stützen, welches als Folge steigender Ungleichheit mehr Umverteilung prognostiziert: Steigt nämlich das Durchschnittseinkommen im Vergleich zum Medianeinkommen der Wähler, so erhöht sich gemäß diesem Modell auch die Nachfrage des Medianwählers nach Umverteilung, die von der Politik auch bedient wird.

Die vorliegenden empirischen Untersuchungen widersprechen aber eher der Vermutung, wonach wirtschaftliche Ungleichheit zur Politisierung der niederen Einkommensgruppen und somit zu einer stärkeren Nachfrage nach Umverteilung von oben nach unten führt (Mohl & Pamp 2009; Milanovic 2010). Überdies kann ein wachsendes Misstrauen in die politischen Institutionen und Eliten festgestellt werden, wobei die Unzufriedenheit bei den sozial Schwachen besonders ausgeprägt ist (Schäfer 2009: 177). Ländervergleichende Studien zu den Bestimmungsfaktoren der Wahlbeteiligung belegen ferner, dass nationale Unterschiede in der Wahlbeteiligung aus einer unterschiedlichen Wahlbeteiligung der Niedrigeinkommenshaushalte resultieren (Mahler 2008:175 ff.; Alber & Köhler 2007: 525). Dem Wohlfahrtsstaat scheint dabei eine wichtige Bedeutung zuzukommen. Alber und Köhler (2007) finden in ihrem Vergleich zwischen Europa und den USA empirische Anhaltspunkte dafür, dass die im Vergleich zu den USA höhere Wahlbeteiligung und die geringeren schichtspezifischen Unterschiede in der Wahlbeteiligung in Europa auf den höheren Inklusionsgrad des europäischen Sozialmodells zurückzuführen sind. Gattig (2006) zeigt, dass in den USA und noch mehr in Deutschland klassenspezifisches Wahlverhalten seit dem Zweiten Weltkrieg zunehmend von klassenspezifischer *Wahlbeteiligung* abgelöst wurde und erklärt die geringe Wahlbeteiligung der unteren Einkommensschichten mit ihrer zunehmenden Frustration über Verteilungsergebnisse. Auch entwürdigende Erfahrungen mit dem Sozialstaat können zu einer politischen Entfremdung führen. So ist die politische Teilhabe von Sozialhilfeempfängern in den USA noch niedriger als ihre sozioökonomischen Verhältnisse ohnedies vermuten lassen würden (Campbell 2003: 125 ff.).

Die *relative power theory* erklärt den politischen Rückzug sozial schwacher Bevölkerungsgruppen mit dem stärkeren Einfluss wohlhabender Bürger auf das

Agenda-Setting in der Politik und den Medien (Solt 2008: 49). Einen ähnlichen Schluss legt die Dualisierungsliteratur (Rueda 2007) nahe. In dem Maße, in dem selbst sozialdemokratische Parteien und Gewerkschaften zunehmend die Interessen von Insidern repräsentieren, wird auch eine politische Entfremdung der Outsider wahrscheinlicher. Die *Ressourcentheorie* führt dagegen an, dass einkommensschwächere Personen die Mittel und die nötigen Fähigkeiten entbehren, um aktiv am politischen Geschehen teilnehmen zu können (Soss & Jacobs 2009: 98; Verba u.a. 1995).

Insgesamt wächst zwar die Literatur zum Verhältnis zwischen Verteilung, Umverteilung durch den Sozialstaat und politischem Engagement (z.B. Mettler & Joss 2004; Alber & Kohler 2007; Campbell 2003; Soss & Jacobs 2009; Scruggs & Stockemer 2009). Offen bleibt allerdings, wie sich der Wandel des Sozialstaates auf seine politische Integrationskraft auswirkt. Hierbei ist nicht nur der bereits in einigen Studien untersuchte Effekt auf die Wahlbeteiligung von Interesse. Es sollte auch analysiert werden, inwiefern sich die politische Partizipation verschiedener Zielgruppen sozialstaatlicher Programme (wie etwa Rentner, Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger) verändert. Außerdem sollte nicht allein auf die Umverteilungsleistung der Programme geachtet werden, sondern auch auf ihre Strukturmerkmale, wie zum Beispiel eine Bedarfsprüfung (vgl. Mettler & Joss 2004: 64). Nicht hinreichend geklärt ist auch, ob sich die politische Teilhabe von Arbeitsmarktoutsidern systematisch von jener der Insider unterscheidet. Während Häusermann und Schwander (2009) empirische Belege für eine geringere politische Partizipation von Outsidern feststellen, deuten andere Studien zum Wahlverhalten darauf hin, dass zumindest Arbeitslosigkeit keinen signifikanten Einfluss ausübt (z.B. Anderson 2001). Es wurde aber auch gezeigt, dass Arbeitslosigkeit – beziehungsweise das Risiko der Arbeitslosigkeit – die individuelle Einstellung zu staatlicher Umverteilung beeinflusst (Cusack u.a. 2006; Rehm 2009). Zudem ist bekannt, dass klassische Outsidergruppen wie Frauen und Arbeitslose in politischen Parteien und Interessenverbänden unterrepräsentiert sind (für Gewerkschaften z.B. Ebbinghaus 2006; Armingeon & Bonoli 2006).

Ferner ist bislang unklar, ob und wie steigende Einkommensungleichheit individuelle politische Einstellungen und das Vertrauen in ein politisches System beeinflussen. Uns interessiert insbesondere, ob das Vertrauen der Bürger in die Institutionen des Sozialstaates und darüber hinaus in die Marktwirtschaft sowie das politische System und seine Akteure abgenommen hat. Aus all dem ergibt sich zurzeit noch kein klares Bild darüber, welche politischen Reaktionsmuster sich als Folge zunehmender Ungleichheit und Dualisierung ergeben.

Diese offenen Fragen sollen in der dritten Phase systematisch beleuchtet werden, indem wir individuelle und kollektive Reaktionen auf soziale Ungleichheit in den Blick nehmen (s. Kaufman 2009). *Individuelle Reaktionen* beziehen sich auf die Einstellungen der Bürger zu Staat, Demokratie und Marktwirtschaft und ihr

politisches Verhalten. Wie beeinflusst soziale Ungleichheit die Akzeptanz der politischen Ordnung und der Wirtschaftsverfassung? Verlangen die Bürger mehr oder weniger staatliche Intervention in der Sozial- und Wirtschaftspolitik, und gibt es dabei Unterschiede zwischen Insidern und Outsidern? Untergräbt eine zunehmende soziale Spaltung der Gesellschaft das Vertrauen in die Demokratie, die marktwirtschaftliche Ordnung und die politischen Eliten? Ferner soll untersucht werden, ob die Zunahme sozialer Ungleichheit mit einer veränderten politischen Teilhabe marginalisierter Gruppen einhergeht. Mehrere Reaktionsformen sind vorstellbar, beispielsweise politische Entfremdung und politisches Desinteresse („indifference“), was sich beispielsweise im Rückgang der Wahlbeteiligung, der Mitgliedschaft in Verbänden und Parteien oder des bürgerschaftlichen Engagements marginalisierter Individuen äußern könnte. Weitere, aus der Sicht des Individuums stärker aktivistische Reaktionsformen wären Abwanderung ins Ausland („exit“) oder eine zunehmende Politisierung („voice“), wobei Widerspruch bis hin zu einer politischen Radikalisierung der Reformverlierer reichen kann. Beispiele wären die Unterstützung extremistischer oder populistischer Parteien, militante Streiks, neue radikale Protestformen oder politisch motivierte Gewalt. Vor einer solchen Entwicklung haben in der aktuellen Wirtschaftskrise selbst die politischen Eliten gewarnt. So spekulierete der DGB-Vorsitzende Sommer im April 2009 über drohende soziale Unruhen, und auch die EU-Kommission hat ähnliche Bedenken geäußert. Vollkommen abwegig sind solche Befürchtungen nicht: So kam es in Frankreich im Sommer 2009 wiederholt zu Geiselnahmen von Geschäftsführern durch Teile der Belegschaft („boss-napping“). Ferner drohten die Arbeiter mit der Sprengung eines Fabrikgebäudes, sofern der Belegschaft nach dem Konkurs des Unternehmens nicht eine bestimmte Abfindungssumme gezahlt würde.

Unsere dritte Hypothese (H3) lautet: Die *Outcomes* der neuen Sozialstaatskonstellation haben zu einem Vertrauensverlust in die politischen Eliten und staatlichen Institutionen geführt. Die Konsequenzen, die sich daraus auf der Handlungsebene ergeben, sind indes unklar. Als zu testende Arbeitshypothese (H4) vermuten wir, dass die politische Beteiligung der Reformverlierer und Outsider als Folge gesteigerter sozialer Ungleichheit abnimmt.

Im Hinblick auf die *kollektiven Reaktionen* fokussieren wir auf etablierte (zum Beispiel Parteien und Gewerkschaften) und neue politikfeldrelevante Akteure. Wie bewerten bestehende Parteien und Verbände die neue sozialstaatliche Konstellation und die damit einhergehenden sozialen Outcomes? Welche Schlussfolgerungen werden gezogen, welche Problemdiagnosen gestellt und – in weiterer Folge – welche Handlungsstrategien entworfen? Denkbare Reaktionsmuster sind zum Beispiel eine Renaissance des Staates als Wohlfahrtsproduzent (Heinze 2009), die Suche nach einer neuartigen Balance zwischen Marktimperativen und Solidarität beziehungsweise sozialer Sicherung (zum Beispiel „Flexicurity“) oder schlichtweg Igno-

ranz gegenüber dem neuen Status quo („indifference“). Untersucht wird auch, welche Interessen Parteien und Verbände vertreten. Bemühen sie sich beispielsweise um die Vertretung von Outsiderinteressen oder lediglich um die Vertretung traditioneller (Insider-)Interessen? Oder sind gar neue kollektive Akteure (zum Beispiel Arbeitslosenvereine) oder (populistische) Parteien entstanden, welche die Anliegen marginalisierter Gruppen wahrnehmen oder gezielt ihr Protestpotenzial ansprechen? Wie hat sich der Parteienwettbewerb durch die steigende Einkommensungleichheit verändert?

Unsere fünfte Hypothese (H5) lautet: Die durch die neue Sozialstaatskonstellation erzeugten Segmentierungsprozesse haben auf Ebene der kollektiven Akteure zu einer Repolitisierung der sozialen Frage beigetragen. Die maßgeblichen und zum Teil neu formierten Akteure zeichnen sich durch eine hohe Heterogenität (zum Beispiel NGOs, populistische Parteien, Kirchen) aus. Sie setzen mit ihrer sozialpolitischen Agenda die traditionellen Sozialstaats-Gatekeeper (zum Beispiel Gewerkschaften, sozialdemokratische Parteien) unter Druck und bewirken eine Änderung ihrer Handlungsstrategie.

3.4.2 Untersuchungsmethode

Dieses Teilprojekt bedient sich unterschiedlicher Methoden und Ländersamples sowie einer Kombination aus Makro- und Mikroanalysen (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2: Übersicht zur methodischen Vorgehensweise

Quantitativ (ca. 20 Länder)
H1 (Outcome): Sozialstaatstransformation ist Ursache für höhere Ungleichheit
H3 (individuelle Reaktionen): Ungleichheit erschüttert das Vertrauen in Politik und Markt
H4 (individuelle Reaktionen): Politische Beteiligung der Reformverlierer geht zurück
Qualitativ (Sechs Fallstudien: Belgien, Deutschland, Frankreich, Neuseeland, Österreich, Schweden)
H2 (Outcome): Sozialstaatstransformation ist Ursache von Dualisierung
H5 (kollektive Reaktionen): Ungleichheit bedingt Repolitisierung der sozialen Frage

Für die empirische Überprüfung der ersten Hypothese (H1) greifen wir auf eine *quantitative* Makroanalyse von Aggregatdaten zurück. Wir erwarten, dass die Zunahme der Ungleichheit umso größer ist, je stärker die öffentlichen Sozialleistungen (insbesondere die Transferleistungen) gekürzt wurden, je mehr auf Eigenvorsorge über Märkte gesetzt und je enger soziale Sicherung an die Erwerbsbiografie gekoppelt wurde. Als abhängige Variable dienen diverse Ungleichheitsindikatoren (Gini-Koeffizient, Armutsquoten und Einkommensdezilverhältnisse D9/D1 beziehungs-

weise D5/D1) der Luxemburg Income Study (LIS). Zur Messung der zentralen unabhängigen Variablen wird auf Basis von Sekundärdaten sowie der Befunde der ersten Projektphasen ein zeitvarianter Index angebotsorientierter Sozialstaatstransformation entwickelt. Folgende Teilkomponenten sollen nach derzeitigem Stand in diesen Index einfließen: (1) die Höhe der Lohnersatzraten (Datenbasis: Scruggs 2004; Korpi & Palme 2007 sowie Daten zu Lohnersatzraten der OECD), (2) der Anteil privater Sozialausgaben an den Gesamtsozialausgaben als Indikator für marktförmige Sozialpolitik, (3) das Verhältnis zwischen Ausgaben für passive und aktive/aktivierende Arbeitsmarktpolitik, (4) der private Finanzierungsanteil im Gesundheitswesen, (5) die Versorgungsquote mit Kinderbetreuungseinrichtungen und (6) die Bedeutung von Wohlfahrtsmärkten in der Alterssicherung. Insbesondere im Hinblick auf die Vermessung von Wohlfahrtsmärkten (Nullmeier 2002) ist mit einem erheblichen Datenerhebungsaufwand zu rechnen. Ihr Stellenwert soll über das Marktvolumen privater Versicherungsunternehmen (in Prozent des BIP) und die Zahl der abgeschlossenen Vorsorgeverträge (in Relation zur Erwerbsbevölkerung) erhoben werden.

Mittels einer Faktorenanalyse sollen unterschiedliche Dimensionen angebotsorientierter Sozialpolitik isoliert werden, deren Verteilungseffekte separat getestet werden. Für den Hypothesentest greifen wir auf makro-quantitative Verfahren der Datenanalyse, konkret auf Querschnitts- und Panelregressionen, zurück. Dieses methodische Vorgehen besitzt den Vorteil, dass eine Reihe von anderen kausalen Einflussfaktoren auf Ungleichheit (zum Beispiel technologischer Wandel, Arbeitslosenquote, Steuerpolitik, Globalisierung) kontrolliert und so der partielle Effekt von Sozialstaatsreformen auf die Veränderung der Ungleichheit analysiert werden kann. Die Daten für diese Kontrollvariablen stammen größtenteils aus Datenbeständen der OECD. Das Ländersample enthält circa 20 langjährige Mitgliedstaaten der OECD. Die Untersuchungsperiode umfasst je nach Datenverfügbarkeit den Zeitraum zwischen circa 1985 und circa 2010.

Ebenfalls mit quantitativen Verfahren der Datenanalyse werden die Hypothesen H3 und H4 getestet. Diese Hypothesen beziehen sich auf den zweiten Fragenkomplex des Teilprojekts zu den politischen Reaktionen auf die neue Sozialstaatskonstellation. Wir vermuten, dass die mit Sozialstaatswandel einhergehende Ungleichheit nicht folgenlos für die individuellen politischen Einstellungen (H3) und das politische Partizipationsverhalten der Reformverlierer (H4) bleibt. Da der Wohlfahrtsstaat im „Goldenen Zeitalter“ des DRIS nicht nur eine zentrale Quelle von Outputlegitimation bildete, sondern auch wesentliche politische Integrationsleistungen erbrachte (Schmidt 2005: 273ff.), vermuten wir, dass steigende Ungleichheit und die geringere Korrektur von Marktergebnissen das Vertrauen marginalisierter Bevölkerungsschichten in die demokratischen und marktwirtschaftlichen Institutionen und Akteure erschüttert und ihre politische Teilhabe beeinflusst. Unsere Ar-

beitshypothesen H3 und H4 gehen zunächst nur von einem bestimmten Reaktionsmuster (politische Entfremdung) aus. Neben Apathie und Desinteresse („indifference“) sind aber durchaus Einmischung, Widerspruch und Protest („voice“) als individuelle Reaktionsmuster denkbar. Als Indikatoren zur Messung der individuellen Reaktionen nutzen wir diverse Einstellungsdaten internationaler Surveys wie das International Social Survey Programme (ISSP), den World Values Survey (WVS) und die European Values Study (EVS). Diese Surveys erheben individuelle Einstellungen zu staatlicher Umverteilung, der wirtschaftlichen Ordnung, dem Vertrauen in staatliche Institutionen und Akteure sowie zur persönlichen politischen Partizipation (siehe Tabelle 3). Die Nutzung unterschiedlicher Surveydatensätze ermöglicht es, die Robustheit der empirischen Ergebnisse angemessen zu testen.

Die für die empirische Überprüfung von H3 und H4 notwendige gleichzeitige Analyse von Kontextvariablen der Makroebene (Ungleichheit, Armut, Arbeitslosigkeit, soziales Sicherungsniveau) und von individuellen Charakteristika, Einstellungen und Reaktionen auf der Mikroebene wird methodisch durch eine Mehrebenenanalyse, also über die Spezifizierung von hierarchischen Modellen, erfolgen. Dabei soll je nach Datenverfügbarkeit ein möglichst langer Untersuchungszeitraum sowie ein möglichst großes Ländersample (OECD-Kernländer) ausgeschöpft werden. Die empirische Spezifikation von Mehrebenen-Modellen erlaubt es, kausale Heterogenität nachzuweisen, also den Zusammenhang zwischen individuellen Einstellungen, individuellen Merkmalen und länderspezifischen institutionellen Kontexten. Auf diese Weise lässt sich das Zusammenwirken von Sozialstaatswandel und individuellen Faktoren sowie ihr Einfluss auf politische Einstellungen und Partizipation empirisch analysieren.

Tabelle 3: Datensätze und ausgewählte Indikatoren zur Messung individueller politischer Reaktionen

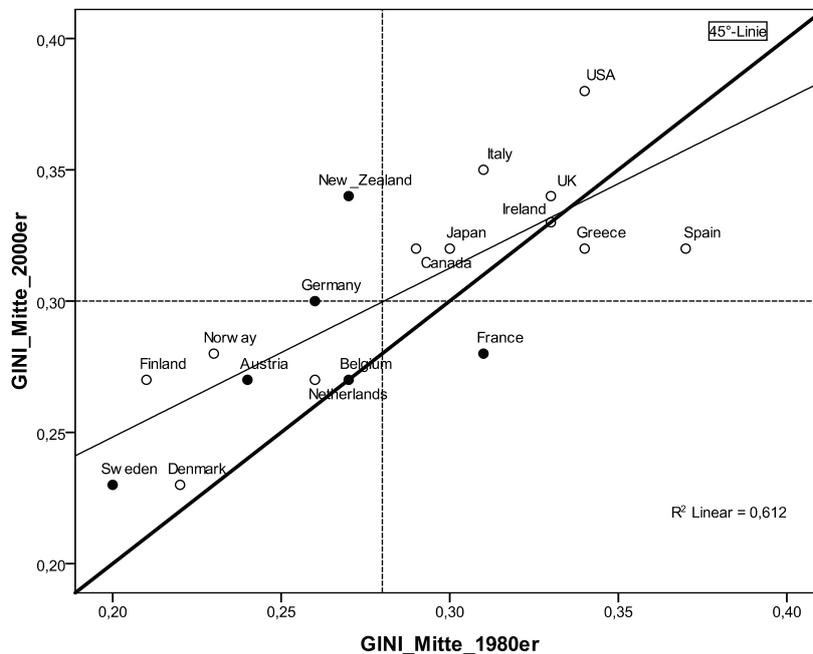
Quelle	Variable	Zeitraum und Samplegröße
ISSP Role of Government	Protest: Public protest meetings, Protest demonstrations, National anti-government strike	1985 (N= 8), 1990
	Government responsibility: Reduce income differences between rich/ poor, Provide living standard for unemployed, Provide living standard for the old, Provide health care for sick, Provide job for everyone	(N= 11), 1996
	Government success: Provide living standard for old, Provide health care for the sick	(N=30), 2006
	Others: People like me have no say about what government does; Average citizen: influence in politics; Trust in civil servants	(N=33)

Quelle	Variable	Zeitraum und Samplegröße
World Values Survey	Important in life: politics	1981-1984, 1989-1993, 1999-2004, 2005-2008 (N=87)
	Member / voluntary work: belong to labour unions, belong to political parties, belong to local political actions, belong to social welfare service for elderly, unpaid work/social welfare service for elderly, handicapped	
	Reasons voluntary work: solidarity with the poor and disadvantaged, compassion for those in need, identifying with people who suffer, bring about social or political change, for social reasons	
	Interest in politics	
	Political action: signing a petition, joining in boycotts, attending lawful/peaceful demonstrations, joining unofficial strikes, occupying buildings or factories, damaging things, breaking windows, street violence	
	Freedom or equality	
	Income equality	
	The economic system needs fundamental changes	
	Current society: egalitarian vs. competitive society, extensive welfare vs. low taxes	
European Values Study	Größtenteils identisch mit WVS	1981 (N=16), 1990 (N=32), 1999/2000 (N=32)

Demgegenüber werden die Hypothesen H2 und H5 im Rahmen von Fallstudien *qualitativ* untersucht. Unser Sample besteht aus vier kleinen (Belgien, Neuseeland, Österreich und Schweden) und zwei großen Ländern (Deutschland und Frankreich). Die Beschreibung und Erklärung wohlfahrtsstaatlicher Reformpolitik der kleinen Länder stand in den ersten beiden Projektphasen im Vordergrund. Für die Untersuchung der Folgen der Sozialstaatstransformation werden die großen Länder als Kontrastfälle berücksichtigt. Aufgrund der relativ günstigen wirtschaftlichen Performanz kleiner Länder liegt die Vermutung nahe, dass sie in größerem Ausmaß von der „anonymen Sozialpolitik des Marktmechanismus“ (Rosenberg 1976) profitiert haben. Dementsprechend dürften die Folgen der Sozialstaatstransformation hier stärker abgedeckt werden als in großen Ländern. Deutschland und Frankreich wurden ausgewählt, weil beide Länder seit geraumer Zeit mit erheblichen strukturellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten konfrontiert sind und sie aufgrund ihrer

Sozialstaatsarchitektur kritische Fälle im Hinblick auf Dualisierungsphänomene sind (siehe unten). Mit anderen Worten: Die Kombination von kleinen und großen Staaten ist notwendig, um zu verallgemeinerungsfähigen Aussagen über die politischen und gesellschaftlichen Reaktionen auf Sozialstaatstransformation zu gelangen.

Schaubild 1: Gini-Koeffizient (nach Steuern und Transfers [Gesamtbevölkerung]) Mitte der 1980er und 2000er Jahre in 19 OECD-Kernländern



Anmerkung: Die fett gedruckte Linie ist die 45°-Linie, die keine Veränderung in der Einkommensungleichheit im Zeitverlauf anzeigt. Ferner ist die Regressionsgerade abgebildet. Die gestrichelten Linien bezeichnen den durchschnittlichen Gini-Koeffizient in den 1980er Jahren (vertikale Linie) beziehungsweise den 2000er Jahren (horizontale Linie); Quelle: OECD.Stat.

Zwei weitere Faktoren leiten die Auswahl der sechs Länder, nämlich (1) die in den Vorarbeiten festgestellte Intensität der Sozialstaatstransformation (hierzu Obinger u.a. 2010 [11]; Starke 2008 [12]) und (2) das Ausmaß der Veränderung sozialer Ungleichheit (vgl. Schaubild 1)². In der Zusammenschau beider Dimensionen ergibt

² In Bezug auf die Entwicklung der sozialen Ungleichheit seit den 1980er Jahren kann eine hohe Vari-

sich die in Tabelle 4 dargestellte Matrix. Im Hinblick auf Hypothese 2 bestehen erhebliche Unterschiede auf der unabhängigen Variablen, nämlich der Reichweite der angebotsorientierten Wohlfahrtsstaatstransformation. Vor allem in Neuseeland kann ein massiver Anstieg der Einkommensungleichheit und eine hohe Reformintensität beobachtet werden. Gesellschaftliche Spaltungsprozesse sollten daher in Neuseeland besonders weit fortgeschritten (H2) sein und kollektive Reaktionen gemäß unserer Arbeitshypothese H5 hervorrufen.

Tabelle 4: Fallauswahl

		Wohlfahrtsstaatliche Reformintensität		
		<i>Gering</i>	<i>Mittel</i>	<i>Hoch</i>
Anstieg der Einkommensungleichheit	<i>Gering bzw. Rückläufig</i>	Belgien	Frankreich	
	<i>Mittel</i>		Schweden, Österreich	Deutschland
	<i>Hoch</i>			Neuseeland

Mit Blick auf H2 variieren die Länder unseres Samples sowohl im Hinblick auf die Reformintensität als auch hinsichtlich ihrer wohlfahrtsstaatlichen Regimezugehörigkeit. Beides sollte Auswirkungen auf die Dualisierungsprozesse in den sechs Ländern zeitigen. Die Überrepräsentation von Bismarckstaaten erlaubt uns, die Hypothese 2 zudem unter Konstanthaltung der wohlfahrtsstaatlichen Grundstrukturen vergleichend zu analysieren. Die wenigen empirischen Studien legen nämlich nahe, dass Dualisierung in kontinentalen Wohlfahrtsstaaten am stärksten ausgeprägt ist (Häusermann & Schwander 2009; Palier & Thelen 2010). Gleichzeitig war in den vier Bismarckstaaten unseres Samples (Belgien, Deutschland, Frankreich und Österreich) die wohlfahrtsstaatliche Reformintensität sehr unterschiedlich (Tabelle 4).

Die Fallstudien sollen insbesondere klären, ob, inwieweit und vor allem über welche Mechanismen die wohlfahrtsstaatlichen Reformen der letzten beiden Jahrzehnte soziale Segmentierungsprozesse im Zeitverlauf beeinflusst haben. So wird mit Blick auf den Arbeitsmarkt untersucht, ob die arbeitsrechtliche Deregulierung alle Beschäftigten in gleicher Weise erfasst hat oder sie nur auf atypisch Beschäftig-

anz beobachtet werden: In Belgien und Frankreich hat sich die Einkommensungleichheit über die Zeit nicht verändert beziehungsweise ist sogar geringer geworden, während sie in Neuseeland massiv und in Deutschland stark angestiegen ist. Österreich liegt aufgrund der Positionierung nahe der Regressionsgeraden genau im internationalen Trend, während in Schweden die soziale Ungleichheit nur unterdurchschnittlich zugenommen hat. Außerdem enthält das Sample alle klassischen Wohlfahrtsstaatsregime.

te mit dem Ziel beschränkt blieb, neue Beschäftigung an den Rändern des Arbeitsmarktes zu schaffen. Kam es in diesem Zusammenhang zu einem Auseinanderdriften der sozialen Sicherung zwischen Insidern und Outsidern? Hierzu werden nationale und internationale Daten, gesetzliche Regelungen und einschlägige empirische Studien sekundäranalytisch ausgewertet und in unseren Projektkontext gestellt. Ob es zu einer dauerhaften *Arbeitsmarktdualisierung* als Folge der Reformen in den letzten Jahrzehnten gekommen ist, hängt wesentlich vom Grad der individuellen Verfestigung ab sowie von den indirekten sozialen Folgen, die sich hieraus ergeben. Letztere interessieren uns besonders. So wird in der Literatur üblicherweise angenommen, dass sich in konservativen Wohlfahrtsstaaten aufgrund ihrer Erwerbszentrierung Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt im Grad der sozialen Sicherung widerspiegeln (Palier & Martin 2007). In ähnlicher Weise ist die Vermutung plausibel, dass die zunehmende Ergänzung der (teilweise immer weniger generösen) staatlichen Sicherungssysteme durch betriebliche und private Vorsorge an den atypisch Beschäftigten weitgehend vorbeigeht. Die qualitativen Fallstudien werden hierfür unter anderem nationale Studien und Datensätze zum individuellen Versorgungsmix im Alter – in Deutschland etwa die AVID-Studie (TNS Infratest 2007) oder das SOEP – dahin gehend auswerten, ob sich hier eine *Dualisierung der sozialen Sicherung* nachweisen lässt, und wenn ja, ob sich diese kausal auf die Reformen der letzten Jahrzehnte und den Wandel hin zum angebotsorientierten Wohlfahrtsstaat zurückführen lassen. Eine hoch aggregierte, quantitative Betrachtung greift hier zu kurz, da die Besonderheiten der Wohlfahrtsstaaten (zum Beispiel die Existenz von angemessenen Grundsicherungssystemen) in den üblichen internationalen Datensammlungen nur unzureichend oder überhaupt nicht abgedeckt sind. Die Fallstudien sollen auch klären, ob diese negativen Effekte der Reformen möglicherweise von den Regierungen antizipiert und durch flankierende Maßnahmen (zum Beispiel eine steuerliche Förderung privater Vorsorge für Geringverdiener, Ausbau der Grundsicherungssysteme, Re-Regulierung des Arbeitsmarktes) aufgefangen wurden oder nicht.

Mit Blick auf Hypothese 5 stellen die sechs Länder prima facie typische Fälle dar (Seawright & Gerring 2008), da sie dem theoretisch erwarteten Zusammenhang zwischen wohlfahrtsstaatlicher Reformintensität (neue Konstellation von Sozialstaatlichkeit) und Veränderung sozialer Ungleichheit (Outcome) weitgehend entsprechen (Tabelle 4). Gemäß H5 sind entlang dieser Varianz daher auch spezifische kollektive politische Reaktionsmuster zu erwarten. So ist beispielsweise in Neuseeland als Folge eines dramatischen Anstiegs der Einkommensungleichheit mit einer Repolitisierung der sozialen Frage auf Ebene der kollektiven Akteure zu rechnen. Entstanden in diesem Zusammenhang neue kollektive Akteure, die die Interessen der Reformverlierer vertreten, und führte dies zu Verschiebungen im bestehenden Interessengefüge des Parteien- und Verbändesystems? Werden sozialpolitische Ge-

genstrategien zur Eindämmung von Ungleichheit formuliert und wenn ja, welche? Kommt es zu einem Comeback des Staates in der Sozialpolitik?

Wir gehen diesen Fragen mit semistrukturierten Interviews nach, die in den jeweiligen Ländern mit Verbändevertretern, Interessengruppen und politischen Entscheidungsträgern geführt werden sollen. Mit den Interviews sollen nicht nur Daten zum Wandel von Policypositionen und -strategien kollektiver Akteure erfasst werden, sondern sie bieten auch einen ersten Resonanzboden, um die Hypothesen und Zwischenergebnisse des Teilprojekts zu plausibilisieren. Dabei können wir uns auf Vorarbeiten, bestehende Interviews und Kontaktnetzwerke aus den ersten beiden Phasen stützen. Die für die Durchführung der Interviews beantragten Forschungsreisen dienen überdies dem Zweck der Materialrecherche vor Ort. Neben den Interviews sollen die sozialpolitischen Positionen kollektiver Akteure auch auf Basis von Primärquellen wie Partei- und Wahlprogrammen, Positionspapieren von Verbänden, Protokolle von Parlamentsdebatten, Medienberichten, Regierungsberichten sowie dem einschlägigen Sekundärmaterial mit inhaltsanalytischen Methoden analysiert werden.

Die sechs Fallstudien erfolgen zudem nicht losgelöst von der quantitativen Analyse. Im Gegenteil: Sie sollen die kausalen Effekte von Sozialstaatswandel auf Ungleichheit und die dadurch hervorgerufenen politischen Reaktionsmuster detailliert ausleuchten und die relevanten kausalen Mechanismen dieser Zusammenhänge durch Prozessanalysen (George & Bennett 2005) herausarbeiten. Von besonderem Interesse ist hierbei die Analyse des Zusammenspiels zwischen den individuellen Reaktionen und jenen der kollektiven Akteure. Zu diesem Zweck sollen in den Fallstudien zunächst die individuellen Reaktionen vermessen werden. Aufgrund der – im Vergleich zu den internationalen Surveydaten – besseren nationalen Datenlage können auf Basis von nationalen Wahlstudien, Meinungsumfragen sowie Mitgliederstatistiken von Parteien und Verbänden die politischen Einstellungen und das politische Verhalten (zum Beispiel Wahlbeteiligung, Protestverhalten, Mitgliedschaft in Verbänden und Parteien) der Reformverlierer/Outsider tiefschärfer analysiert werden. Nur im Rahmen von detaillierten Fallstudien können etwa Phänomene wie „boss-napping“ und andere neue Protestformen mit ihrem Entstehungskontext in Verbindung gebracht beziehungsweise die darin involvierten Akteure identifiziert werden.

Im nächsten Schritt werden die Mechanismen untersucht, durch die die festgestellten individuellen Reaktionsmuster die politischen Strategien und Handlungsoptionen der kollektiven Akteure beeinflusst haben. Sind zum Beispiel populistische Parteien entstanden, die das Protestpotenzial und die Unzufriedenheit marginalisierter Gruppen gezielt ansprechen, und inwiefern gerieten etablierte Parteien dadurch unter strategischen und sozialpolitischen Anpassungsdruck? Haben sich die traditionellen Wählerschaften der klassischen Sozialstaatsparteien (insbesondere der So-

zialdemokratie) weiter in Insider und Outsider ausdifferenziert, und wie haben die Parteien hierauf reagiert? Wie beeinflusst die veränderte politische Partizipation der Reformverlierer die Machtressourcen und die Interessenvermittlung von Verbänden (zum Beispiel Gewerkschaften)? Konzentrieren sie sich auf die Vertretung von Insiderinteressen (und verstärken damit Dualisierungsprozesse) oder öffnen sie sich gegenüber Outsidern, indem sie ihre Strategien stärker entlang deren Bedürfnissen ausrichten (Mindestlohn, Mindestsicherung)? Solche Interaktionseffekte zwischen individuellen und kollektiven Reaktionen können nur im Rahmen von Fallstudien rekonstruiert werden. In methodischer Hinsicht stützen wir uns auf Experteninterviews, qualitative Inhaltsanalysen von Wahl- und Parteiprogrammen sowie von Strategiepapieren der Verbände und die Auswertung einschlägiger Sekundärliteratur.

3.4.3 *Arbeitsprogramm und Zeitplan*

Arbeitsschritte

Das Teilprojekt C1 geht in fünf Arbeitsschritten vor. Das erste Arbeitspaket besteht aus der umfassenden Sichtung, Bestandsaufnahme und Auswertung der theoretischen und empirischen Literatur, wobei international vergleichende Studien sowie die einschlägige länderspezifische Literatur ausgewertet werden. Die für die Bearbeitung dieses Pakets benötigte Zeit wird mit sechs Monaten veranschlagt.

Das zweite Arbeitspaket umfasst zum einen den Aufbau der für die makroquantitativen Analysen benötigten Datensätze. Für die Sammlung und Aufbereitung der Daten wird mit einem Zeitbedarf von circa 12 Monaten gerechnet. Zum anderen beinhaltet es die statistische Auswertung der kompilierten Datensätze. Die dabei erzielten Ergebnisse sollen in Aufsatzform bei internationalen Fachzeitschriften veröffentlicht werden sowie in die Projektmonographie (siehe unten) einfließen. Für dieses Arbeitspaket sind insgesamt circa 18 Monate vorgesehen.

Das inhaltlich und zeitlich umfangreichste Arbeitspaket bildet die Anfertigung der sechs Länderstudien. Dieses Arbeitspaket setzt mit dem Projektbeginn ein und erstreckt sich fast über die gesamte Förderphase. Zunächst steht Sammlung, Aufbereitung und Auswertung des für die vier Länderstudien benötigten Datenmaterials im Mittelpunkt. Für 2012 ist eine jeweils dreiwöchige Forschungsreise in die Hauptstädte der Untersuchungsländer geplant. Dort sollen gezielt ortsgebundene Datenbestände gesammelt sowie die Interviews mit Experten und politischen Entscheidungsträgern durchgeführt werden.

Das letzte Arbeitspaket ist der Verwertung der Projektergebnisse gewidmet: Es soll zum einen eine gemeinsame Projektmonographie erstellt werden, welche die Befunde der quantitativen und qualitativen Analysen kompakt zusammenführt. Hier wird wie in den ersten beiden Phasen ein Syntheseband bei einem englischsprachigen Universitätsverlag anvisiert. Zum anderen sollen die Ergebnisse der Fallstudien

in Form von Monographien (Promotionen) und in Form eines Sammelbandes veröffentlicht werden. Auch das entspricht dem bisherigen Vorgehen.

Zeitplan

Arbeitsschritte/-pakete	2011		2012		2013		2014	
Sichtung und Auswertung des Forschungsstandes	■							
Aufbau der Datensätze		■	■					
Datenanalyse und Publikation der quantitativen Befunde			■	■	■	■		
Fallstudien	■	■	■	■	■	■	■	
Gemeinsame Projektmonografie, Publikation Fallstudien						■	■	■

3.5 Stellung innerhalb des Programms des Sonderforschungsbereichs

Stellung zu anderen Säulen und Teilprojekten

Nachstehende Tabelle illustriert die Stellung des Teilprojekts C1 innerhalb des Programms des Sonderforschungsbereichs „Staatlichkeit im Wandel“. Das Teilprojekt C1 ist in der *Interventionsdimension* angesiedelt. Ziel des Interventionsstaates ist es, den gesellschaftlichen Wohlstand zu mehren und möglichst gerecht zu verteilen. Der Wandel des Interventionsstaates wird in diesem Teilprojekt hauptsächlich auf der modalen Achse (*Privatisierung*) untersucht. Im internationalen Vergleich konnte eine Konvergenz („Korridoreffekt“) im Sinne einer angebotsorientierten Ausrichtung der Sozialpolitik festgestellt werden. Für die Erklärung des Wandels spielen Antriebskräfte im Bereich der wirtschaftlichen Globalisierung und damit verbundener makroökonomischer Problemdruck sowie gesellschaftliche Modernisierungsprozesse eine Rolle, die nationalen Anpassungsreaktionen wurden jedoch nachhaltig durch politisch-institutionelle Weichensteller geprägt.

In der dritten Projektphase geht es um die Folgenanalyse und -bewertung. Als *Outcomes* wird im Teilprojekt C1 vorrangig auf Verteilungseffekte (Einkommensungleichheit) abgestellt. Zudem werden die kollektiven *Reaktionen* von Parteien und Verbänden sowie die individuellen Reaktionen der Bürger untersucht. Die Bewertungsbasis für die Folgen des Staatswandels bildet das normative Gut *Wohlfahrt*.

Verortung des Teilprojekts C1 im Sonderforschungsbereich

Beschreibung (1. Förderphase)	
<i>Dimensionen von Staatlichkeit</i>	Ressourcendimension
	Legitimationsdimension
	Interventionsdimension
	Rechtsdimension
<i>Achse des Wandels</i>	Internationalisierung
	Privatisierung
	Transnationalisierung
<i>Korridorentwicklung</i>	Konvergenz
	Divergenz
Erklärung (2. Förderphase)	
<i>Antriebskräfte</i>	Wirtschaftliche Globalisierung
	Technische und industrielle Entwicklungen
	Demographischer und sozialer Wandel
<i>Weichensteller</i>	Funktional
	Institutionell
	Ideell
	Materiell
Folgenanalyse und -bewertung (3. Förderphase)	
<i>Outcome</i>	Niveau
	Verteilung
	Struktur
<i>Reaktionen/Akteurstyp</i>	Internationale Akteure
	Nationalstaaten/Regierungen
	Parteien
	Verbände/NGOs
	Unternehmen
	Bürger
<i>Bewertungsbasis (bezogen auf normatives Gut)</i>	Rechtsstaatlichkeit
	Demokratische Legitimität
	Wohlfahrt
	Sicherheit

Anm.: Die zutreffenden Merkmale sind jeweils grau hinterlegt.

Stellung in der eigenen Säule

Gemessen an den öffentlichen Ausgaben deckt das Teilprojekt C1 mit dem Analysefeld Sozialstaat den größten Teilbereich des Interventionsstaats ab. In der dritten Phase werden im Rahmen der Folgenabschätzung des Staatswandels in allen Projekten der C-Säule Verteilungs- beziehungsweise Niveaueffekte untersucht und hinsichtlich der Erbringung des normativen Guts Wohlfahrt bewertet. Das Teilprojekt C1 analysiert die Folgen wohlfahrtsstaatlicher Reformprozesse auf soziale Ungleichheit und die damit verbundenen individuellen und kollektiven Reaktionen. Innerhalb der C-Säule bestehen sowohl inhaltliche als auch methodische Anknüpfungspunkte. Die inhaltlich größte Schnittmenge besteht naturgemäß mit dem Teilprojekt C3 („Gesundheitssysteme“). Die traditionell enge Zusammenarbeit (zum Beispiel Austausch von Daten, Publikationen) soll auch in der dritten Phase fortgesetzt werden. In methodischer Hinsicht untersuchen alle C-Teilprojekte die *Outcomes* der veränderten Staatskonstellation mit quantitativen Verfahren der Datenanalyse. Dadurch eröffnen sich Kooperationsmöglichkeiten zwischen den Teilprojekten, etwa bei Problemen der Datenerhebung und -auswertung. Bei der Analyse der Reaktionen wird aufgrund von Überschneidungen bei der Länderauswahl mit dem Teilprojekt C4 („Bildungspolitik“) weiterhin eng kooperiert beziehungsweise publiziert (vgl. Martens & Starke 2008 [4]).

Innerhalb der C-Säule übernimmt das Teilprojekt C1 schließlich die Federführung für die Publikation eines säulenübergreifenden Abschlussbandes, der in der englischsprachigen Buchreihe des Sfb 597 bei Palgrave publiziert werden soll. Da die Projekte der C-Säule nahezu alle zentralen Bereiche des Interventionsstaates analysieren, wird mit diesem Band eine umfassende Bilanz über den Wandel des Interventionsstaates und seine Folgen gezogen werden. Mit diesem Buchprojekt wird nach dem projektübergreifenden Band von Dingeldey und Rothgang (2009) am Ende der Förderlaufzeit ein zweiter Syntheseband der C-Säule vorgelegt werden.

3.6 Abgrenzung gegenüber anderen geförderten Projekten

Projekte der Antragsteller mit einem verwandten Zuschnitt werden weder von der DFG noch von anderen Drittmittelgebern gefördert. Herbert Obinger ist gegenwärtig Ko-Projektleiter des von der DFG in diesem Sonderforschungsbereich geförderten Teilprojekts C7. Stephan Leibfried fungiert als Sprecher des Sfb 597.

Literatur

- Acemoglu, Daron (2002) Technical Change, Inequality, and the Labor Market, in: *Journal of Economic Literature* **40**:1, 7–72
- Alber, Jens (2002) Modernisierung als Peripetie des Sozialstaats?, in: *Berliner Journal für Soziologie* **12**:1, 5-35
- Alber, Jens (2006) Das ‚europäische Sozialmodell‘ und die USA, in: *Leviathan* **34**:2, 208-241
- Alber, Jens & Ulrich Kohler (2007) Die Ungleichheit der Wahlbeteiligung in Europa und den USA und die politische Integrationskraft des Sozialstaats, in: *Leviathan* **35**:4, 510-539
- Anderson, Christopher J. (2001) Desperate Times Call for Desperate Measures? Unemployment and Citizen Behavior in Comparative Perspective, in Nancy Bermeo, Hg., *Unemployment in the New Europe*, Cambridge: Cambridge University Press, 271-90
- Armingeon, Klaus & Giuliano Bonoli (2006) *The Politics of Post-industrial Welfare States: Adapting Post-War Welfare States to New Social Risks*, London: Routledge
- Atkinson, Antony (2000) The Changing Distribution of Income: Evidence and Explanation, in: *German Economic Review* **1**:1, 3-18
- Becker, Irene & Richard Hauser (2003) *Anatomie der Einkommensverteilung: Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1969–1998*, Berlin: edition sigma
- Beramendi, Pablo & Thomas R. Cusack (2009) Diverse Disparities: The Politics and Economics of Wage, Market, and Disposable Income Inequalities, in: *Political Research Quarterly* **62**:2, 257-275
- Berger, Peter A. & Volker H. Schmidt, Hg. (2004) *Welche Gleichheit, welche Ungleichheit? Grundlagen der Ungleichheitsforschung*, Wiesbaden: VS Verlag
- Borck, Rainald (2007) Voting, Inequality and Redistribution, in: *Journal of Economic Surveys* **21**:1, 90-109
- Bradley, David, Evelyne Huber, Stephanie Moller, François Nielsen & John D. Stephens (2003) Distribution and Redistribution in Postindustrial Democracies, in: *World Politics* **55**:2, 193-228
- Brady, David (2009) *Rich Democracies, Poor People. How Politics Explain Poverty*, New York/Oxford: Oxford University Press
- Cacace, Mirella, Ralf Götze, Achim Schmid & Heinz Rothgang (2008) Explaining Convergence and Common Trends in the Role of the State in OECD Healthcare Systems, in: *Harvard Health Policy Review* **9**:1, 5-16
- Campbell, Andrea L. (2003) *How Policies make Citizens – Senior Political Activism and the American Welfare State*, Princeton, NJ: Princeton University Press
- Crouch, Colin (2008) *Postdemokratie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Cusack, Thomas R., Torben Iversen & Philipp Rehm (2006) Risks at Work: The Demand and Supply Sides of Government Redistribution, in: *Oxford Review of Economic Policy* **22**:3, 365-89
- Davidsson, Johan & Marek Naczyk (2009) The Ins and Outs of Dualisation: A Literature Review, *Recwowe Working Paper 02/2009*, Edinburgh
- Dingeldey, Irene & Heinz Rothgang, Hg. (2009) *Governance of Welfare State Reform: A Cross National and Cross Sectoral Comparison of Policy and Politics*, Cheltenham: Elgar
- Ebbinghaus, Bernhard (2006) Trade Union Movements in Post-industrial Welfare States: Opening up to New Social Interests?, in: Klaus Armingeon & Giuliano Bonoli, Hg., *The Politics of Post-industrial Welfare States: Adapting Post-war Welfare States to New Social Risks*, London: Routledge, 123-142

- Ellison, Nick (1996) *The Transformation of Welfare States?*, London: Routledge
- Esping-Andersen, Gösta (1985) *Politics against Markets. The Social Democratic Road to Power*, Princeton: Princeton University Press
- Esping-Andersen, Gösta, Hg. (1996) *Welfare States in Transition*, London: Sage
- Fortin, Nicole M. & Thomas Lemieux (1997) Institutional Changes and Rising Wage Inequality: Is there a Linkage?, in: *The Journal of Economic Perspectives* 11:2, 75-96
- Gattig, Alexander (2006) Klasseneinflüsse auf das Wahlverhalten und die Wahlbeteiligung, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 58:3, 510-533
- George, Alexander L. & Andrew Bennett (2005) *Case Studies and Theory Development in the Social Sciences*, Cambridge: MIT Press
- Häusermann, Silja & Hanna Schwander (2009) Identifying Outsiders Across Countries: Similarities and Differences in the Patterns of Dualization, *Recwowe Working Paper 09/2009*, Edinburgh
- Heinze, Rolf G. (2009) *Rückkehr des Staates? Politische Handlungsmöglichkeiten in unsicheren Zeiten*, Wiesbaden: VS Verlag
- ILO (2008) *World of Work Report 2008: Income Inequalities in the Age of Financial Globalisation*, Geneva: ILO
- Kaufman, Robert R. (2009) Inequality and Redistribution: Some Continuing Puzzles, in: *Political Science & Politics* 42:4, f1-f6
- Kenworthy, Lane & Jonas Pontusson (2005) Rising Inequality and the Politics of Redistribution in the Developed Countries, in: *Perspectives on Politics* 3:3, 449-71
- Korpi, Walter & Joakim Palme (2003) New Politics and Class Politics in the Context of Austerity and Globalization: Welfare State Regress in 18 Countries, 1975-95, in: *American Political Science Review* 97:3, 425-446
- Korpi, Walter & Joakim Palme (2007) *The Social Citizenship Indicator Program (SCIP)*, Swedish Institute for Social Research, Stockholm University
- Krugman, Paul & Robert Lawrence, Robert (1993) *Trade, Jobs, and Wages*, Cambridge MA: National Bureau of Economic Research, Working Paper No. 4478
- Lessenich, Stephan & Frank Nullmeier, Hg. (2006) *Deutschland – eine gespaltene Gesellschaft*, Frankfurt a.M.: Campus
- Mahler, Vincent A. (2008) Electoral Turnout and Income Redistribution by the State: A Cross-national Analysis of the Developed Democracies, in: *European Journal of Political Research* 47:2, 161-183
- Meltzer, Allan H. & Scott F. Richard (1981) A Rational Theory of the Size of Government, in: *Journal of Political Economy* 89:5, 914-927
- Mettler, Suzanne & Joe Soss (2004) The Consequences of Public Policy for Democratic Citizenship: Bridging Policy Studies and Mass Politics, in: *Perspectives on Politics* 2:1, 55-73
- Milanovic, Branko (2010) Four Critiques of the Redistribution Hypothesis: An Assessment, in: *Journal of Political Economy* 118:1, 147-154
- Mohl, Philipp & Oliver Pamp (2009) Income Inequality & Redistributive Spending: An Empirical Reinvestigation of Competing Theories, in: *Public Finance and Management* 9:2, 1-56
- Nullmeier, Frank (2002) Auf dem Weg zu Wohlfahrtsmärkten?, in: Werner Süß, Hg., *Deutschland in den neunziger Jahren. Politik und Gesellschaft zwischen Wiedervereinigung und Globalisierung*, Opladen: Leske + Budrich, 269-281

- Obinger, Herbert & Emmerich Tálos (2006) *Sozialstaat Österreich zwischen Kontinuität und Umbau. Bilanz der ÖVP/FPÖ/BZÖ-Koalition*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- OECD (2008) *Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries*, Paris: OECD
- Palier, Bruno, Hg. (2010) *A Long Goodbye to Bismarck? The Politics of Welfare Reforms in Continental Europe*, Amsterdam: Amsterdam University Press
- Palier, Bruno & Claude Martin (2007) Editorial Introduction: From 'a Frozen Landscape' to Structural Reforms: The Sequential Transformation of Bismarckian Welfare Systems, in: *Social Policy & Administration* 41:6, 535-554
- Palier, Bruno & Kathlen Thelen (2010) Institutionalizing Dualism: Complementarities and Change in France and Germany, in: *Politics & Society* 38:1, 119-148
- Pierson, Paul (1993) When Effect becomes Cause: Policy Feedback and Political Change, in: *World Politics* 45:4, 595-628
- Pierson, Paul, Hg. (2001) *The New Politics of the Welfare State*, Oxford: Oxford University Press
- Rehm, Philipp (2009) Risks and Redistribution: An Individual-Level Analysis, in: *Comparative Political Studies* 42:7, 855-881
- Richardson, J. David (1995) Income Inequality and Trade: How to Think, What to Conclude, in: *Journal of Economic Perspectives* 9:3, 33-55
- Rosenberg, Hans (1976) *Große Depression und Bismarckzeit: Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa*, Frankfurt a.M.: Ullstein
- Rueda, David (2007) *Social Democracy Inside-Out: Partisanship and Labor Market Policy in Industrialized Democracies*, Oxford: Oxford University Press
- Schäfer, Armin (2009) Krisentheorien der Demokratie: Unregierbarkeit, Spätkapitalismus und Postdemokratie, in: *Der moderne Staat* 2:1, 159-183
- Schmidt, Manfred G. (2005) *Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich*, Wiesbaden: VS Verlag
- Scruggs, Lyle (2004) *Welfare State Entitlements Data Set: A Comparative Institutional Analysis of Eighteen Welfare States*, University of Connecticut
- Scruggs, Lyle & Daniel Stockemer (2009) The Impact of Inequality on Turnout – New Evidence on a Burgeoning Debate, Paper prepared for the 2009 Annual Meeting of the Midwest Political Science Association, Chicago, April 2-5
- Seawright, Jason & John Gerring (2008) Case Selection Techniques in Case Study Research, in: *Political Research Quarterly* 61:2, 294-308
- Solt, Frederick (2008) Economic Inequality and Democratic Political Engagement, in: *American Journal of Political Science* 52:1, 48-60
- Soss, Joe & Lawrence R. Jacobs (2009) The Place of Inequality: Non-participation in the American Polity, in: *Political Science Quarterly* 124:1, 95-125
- Streeck, Wolfgang (2009) *Re-Forming Capitalism: Institutional Change in the German Political Economy*, Oxford/New York: Oxford University Press
- Tálos, Emmerich (1999) *Atypische Beschäftigung: Internationale Trends und sozialstaatliche Regelungen*, Wien: Manz
- TNS Infratest (2007) *Altersvorsorge in Deutschland 2005*, München
- Verba, Sidney, Kay L. Schlozman & Henry E. Brady (1995) *Voice and Equality: Civic Voluntarism in American Politics*, Cambridge: Harvard University Press

Wallerstein, Michael (1999) Wage-Setting Institutions and Pay Inequality in Advanced Industrial Societies, in: *American Journal of Political Science* **43**:3, 649-680

Wilkinson, Richard & Kate Pickett (2009) *The Spirit Level: Why More Equal Societies Almost Always Do Better*, London: Penguin